



19.12.2016

Haushaltsrede von Dr. Torsten Bieber
Fraktionsvorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion
zur Kreistagssitzung am Montag, den 19. Dezember 2016

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

Lassen Sie mich aber mit einem Zitat beginnen, dass auf sehr anschauliche Art und Weise den Ablauf von Haushaltsberatungen kennzeichnet.

„Mit wachsender Skepsis sehe ich den Drang von einigen, in der Öffentlichkeit nur Vorschläge zu machen, die diesen Bundeshaushalt weiter belasten. Das wird so nicht weiter gehen. Vor Weihnachten darf man Wunschzettel ausfüllen, aber nach Weihnachten muss anders beschlossen werden.“

Wissen Sie wer der Urheber ist? Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück.

Und er hat Recht! Nicht allein der Finanzminister, also für den Rhein-Sieg-Kreis gesprochen die Kämmerin, ist für die Finanzen verantwortlich, sondern die gesamte Verwaltung. Und Teil der Kreisverwaltung ist auch der Kreistag. Öffentlichkeitswirksam neue Ausgaben des Kreises zu fordern, ist das eine. Einsparvorschläge zu machen und sich der Kärnerarbeit der Konsolidierung zu widmen, das andere. Mit letzterem tut sich Politik und so mancher auch hier im Kreistag, immer noch schwer.

Ist es nicht viel schöner als schenkender und gönnerhafter Onkel daherzukommen statt sparsam und zurückhaltend zu sein?

Aber im Gegensatz zum Onkel ist es nicht unser Geld, das wir ausgeben. Es ist das Geld anderer, und zwar nicht der Kommunen, sondern letztendlich der Bürgerinnen und Bürger. Und das muss erst einmal verdient werden.

Wohltaten zu verteilen, die andere bezahlen, ist immer leicht.

Deshalb ist das Credo der CDU-Fraktion bei Haushaltsberatungen, dass wir unsere Wünsche ganz genau hinterfragen und abwägen. Wir müssen uns selbst beschränken – auch in finanziell guten Zeiten. Um mit den Worten Steinbrücks zu sprechen: „Wir müssen unseren Wunschzettel auf das absolut Notwendige reduzieren“. Alles andere muss Wunsch bleiben!

Ich bin froh darüber, dass sich die Haushaltsberatungen im Rhein-Sieg-Kreis, abgesehen von einigen kostspieligen Anträgen von SPD und Linken, an diesem Grundsatz orientierten.

Im Ergebnis waren es gute Beratungen, die konsequent den von der Koalition vorgeschlagen Dreiklang verfolgten:

1. Leichte Reduzierung der Kreisumlage - im Interesse unserer Kommunen.
2. Weitestgehende Schonung der Ausgleichsrücklage - im Interesse einer langfristig stabilen und niedrigen Kreisumlage und
3. eine finanzielle Selbstbeschränkung der Politik, was ausgabewirksame Anträge anbelangt.

Die Koalition hat sich dabei auf die Bereiche Soziales, Kultur und Bildung konzentriert. Ich nenne hier die Schlagworte:

- Förderung der allgemeinen Sozialberatung,
- Einstieg in eine Sozialplanung des Kreises,
- die Unterstützung des Deutschen Museums Bonn
- der Beethovenaktivitäten 2020
- Verteilung des Vermögens des Schullandheimvereins an die Fördervereine der Schulen im Kreis und an den Förderverein „Gedenkstätte Landjuden an der Sieg“.

Mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 17/18 ist es aber nicht getan. Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt.

Im kommenden Jahr geht der AK Konsolidierung weiter. Der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, der uns wohl im Januar 2017 zugeht, will beraten und die Konsequenzen daraus ge-

zogen werden. Wie geht es mit der Frage Bonn-Berlin weiter? Wie können vor dem Hintergrund der Vergabeproblematik die Busverkehre des Kreises zukunftsfest ausgestaltet werden? Welche Luft zum Atmen lässt das Land dem ländlichen Raum im Bereich Wohnflächen- und Gewerbeflächenentwicklung? Wie geht es bei der vor dem Kollaps stehenden Verkehrsinfrastruktur in der Region weiter?

Fragen, die wir vielfach nicht alleine beantworten können, deren Beantwortung aber für die Menschen im Kreis von Bedeutung ist und die wir in 2017 – erstmals oder erneut – angehen. Insoweit möchte ich damit den inhaltlichen Ausblick beenden.

Bevor Sie alle hoffentlich gut in ein für Sie gesundes und glückliches Jahr 2017 kommen, wünsche ich Ihnen allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest.

Meine Wünsche verbinde ich mit dem Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, mit dem Landrat an der Spitze, für ihre Unterstützung und die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Mein besonderer Dank dabei gilt der Kämmerei und der Kämmerin Frau Udelhoven.

Ihnen allen danke ich für die stets sachliche und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohl des Rhein-Sieg-Kreises.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Rede SPD- Fraktionsvorsitzender Dietmar Tandler Haushalt 2017/2018

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Ein Haushalt ist mehr als eine Ansammlung von Zahlen. Mit einem Haushalt und der Beratung von einzelnen Haushaltsstellen muss sich eigentlich die Frage nach einer politischen Strategie verbinden, einer Vision des Zusammenlebens und einem politischen Gestaltungswillen, der die nackten Zahlen mit Leben füllt.

All das ist im vorliegenden Haushalt nicht erkennbar!

Der Landrat hielt es nicht für nötig, eine eigene Einbringungsrede zu halten, sondern überließ dieses mühsame Geschäft der Kämmerin. Visionen für eine weitere Konsolidierung blieb er schuldig, Ziele für die Entwicklung des Kreises nannte er nicht.

Ohne auf Zahlen im Detail einzugehen, halten wir gemeinsam fest: Ohne die erhebliche Aufstockung der Bundes- und Landesmittel wäre ein erhebliches Defizit zu verzeichnen. Die Einhaltung der versprochenen Kreisumlagesätze sind kein Verdienst eigener Konsolidierungsbemühungen, sondern Ergebnis günstiger, externer Effekte. Eine Ausnahme bildet der von der SPD angestoßene Arbeitskreis Konsolidierung, der immerhin eine Ersparnis von 2,64 Mio erarbeitet hat.

Besorgniserregend ist der Eigenkapitalverzehr insgesamt, der insbesondere auf den Kursverfall der RWE-Aktien zurück zu führen ist. Nach Aussage der Kämmerin in ihrer Haushaltsrede ist die Allgemeine Rücklage seit der Eröffnungsbilanz im Jahr 2008 von 160 Millionen Euro auf 49 Millionen Euro zusammen geschmolzen. Die Warnungen der SPD wurden in der Vergangenheit stets ignoriert – wir behielten Recht, aber leider als es zu spät war. Das Ergebnis ist dramatisch und wird uns insbesondere in finanzpolitisch schwierigeren Zeiten noch zu schaffen machen!

Als Konsolidierungsstrategie ist eine dezernatsübergreifende zentrale Steuerung mit strategischen Zielen für den gesamten Kreis und ein einheitlichem Controlling unabdingbar. Dies alles wird unter dem Stichwort „wirkungsorientierter Haushalt“ schon vielerorts praktiziert. Denn ohne strategische Ziele können auch Kennzahlen nicht sinnvoll eingesetzt werden. Schon der alte Seneca wusste: Wer den Hafen nicht kennt, für den ist kein Wind

günstig! Der Landrat hinkt hinter solchen Standards meilenweit hinterher, da er seine Ideen selbst im Rahmen der Haushaltseinbringung nicht mit Kreistag und Öffentlichkeit teilen mag – wenn er denn welche hat! Zur Steuerung hat die SPD einen Antrag eingebracht, der leider von der schwarz-grünen Mehrheit nicht beschlossen, sondern lediglich in den Arbeitskreis Konsolidierung verschoben wurde. Nicht nur wir fragen uns, wie lange der Landrat noch warten will, zeitgemäße Standards der Steuerung einzuführen.

Für uns ist klar: Auch in Zukunft sollte der Dreiklang aus „richtiger Schwerpunktsetzung, eigenen Konsolidierungsbemühungen und Entlastung der Kommunen“ gelten. Hierbei gilt für die SPD, dass präventive Politik nicht nur ethisch geboten, sondern auch fiskalisch Erfolge bringen wird. Insbesondere die Integration von Schutzsuchenden ist eine neue Aufgabe, die erhebliche Anstrengungen erfordert. Gute und erfolgreiche Integration kostet im Moment Geld, aber bringt langfristig gesellschaftlich und fiskalisch einen großen Mehrwert. Wir sind stolz auf die gute Arbeit unseres Kommunalen Integrationszentrums, das gegen den anfänglichen Willen der CDU-Bürgermeister umgesetzt wurde und die Kommunen toll unterstützt. Ein Dank gilt dem Land Nordrhein-Westfalen für die Finanzierung dieser wichtiger Einrichtung! Leider hat die schwarz-grüne Koalition unseren Antrag abgelehnt, sich für das Förderprogramm „Einwanderung gestalten NRW“ zu bewerben, um weitere Stellen zu schaffen, mit denen unsere Städte und Gemeinden und die vielen ehrenamtlich Tätigen Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer bei ihrer wichtigen Arbeit hätten unterstützt werden sollen! Eine verpasste Chance!

Willkommenskultur darf sich nicht in einer freundlichen Begrüßung erschöpfen. Wir brauchen für die Menschen, die angesichts fortwährender Gewalt in ihren Herkunftsländern, längerfristig im Rhein-Sieg-Kreis bleiben werden, reguläre Wohnungen. Die Unterbringung in provisorischen Sammelunterkünften darf keine Dauerlösung sein. Integration gelingt nur, wenn die Geflüchteten ein neues Zuhause in den Kommunen unseres Kreises finden. Und sie kann nur gelingen, wenn alle Bürgerinnen und Bürger – ob geflüchtet oder nicht - ausreichend Kita- und Schulplätze und andere öffentliche Einrichtungen vorfinden. Deshalb muss Finanzminister Dr. Schäuble sich vom Fetisch der „schwarzen Null“ verabschieden und die Haushaltsüberschüsse des Bundes in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft investieren. Der Satz von Frau Dr. Merkel „Wir schaffen das“, stimmt nur dann, wenn Land und Kommunen bei der Bewältigung der Integration nicht alleine gelassen werden!

Im Zusammenhang mit der Integration geht es allerdings nicht nur um Geld, sondern auch um eine klare Haltung. Wer offen rassistisch argumentiert, hat den Konsens der

demokratischen Parteien verlassen. Wir sind stolz auf die vielen Menschen, die sich für die schutzsuchenden Menschen einsetzen. Wir sind stolz auf die vielen Menschen, Vereine, Initiativen, Kirchen und Gewerkschaften, die sich rechten Hetzern mit Gegendemos entgegen stellen. Das ist unser Rhein-Sieg-Kreis! Umso unverständlicher ist, dass Schwarz-Grün im Kreis anders als ihre Parteifreunde in Bonn ein „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ mit zusätzlichem Personal abgelehnt hat – und das, obwohl es überwiegend vom Land finanziert worden wäre! Ernsthaft wurde in den Stellungnahmen der Koalition der Bedarf geleugnet, hier gemeinsam aktiv zu werden. Das ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich engagieren und auch hier im Kreis deswegen bedroht werden! Klare Haltung sieht anders aus!

Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum steigt nicht nur durch den Zuzug der Flüchtlinge. Die Notwendigkeit bestand schon vor Beginn der Ankunft vieler Schutzsuchender im Jahr 2014. Dieser Bedarf wurde insbesondere von der CDU systematisch verleugnet. Die Wohnungsbaupolitik muss jetzt wieder ins Zentrum der kommunalen Sozialpolitik treten. Wenn es nicht gelingt, auch für die unteren und mittleren Einkommen ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, gefährden wir den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Worum geht es? Menschen mit niedrigem und auch mit mittlerem Einkommen werden durch den Mangel an Wohnungen aus dem Zentrum des Kreises verdrängt. Da sind junge Azubis und Studis, die wegziehen müssen. Da sind ältere Menschen mit niedrigen Renten, die sind in einer Stadt geboren und möchten dort ihren Lebensabend verbringen.

In dieser Situation kommt dem öffentlich geförderten Wohnungsbau eine Schlüsselrolle zu. Die SPD hat hierzu schon vor einem Jahr einen Antrag eingebracht. Der erste Teil, die Bestandsaufnahme, ist mittlerweile abgearbeitet.

Leider mussten wir erleben, dass jedwede weitere Aktion im Kreisausschuss mit den fadenscheinigsten Aussagen durch Schwarz-Grün verhindert wurde!

Wir wollten beschließen, dass unsere Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft sich strukturell so verändert, dass sie die wachsende Nachfrage besser bewältigen kann. Denn so schön es ist, dass mit der Verbesserung der Förderkonditionen nun auch verstärkt private Investoren in den öffentlich geförderten Wohnungsbau einsteigen. Wir wollen, dass die Fördermittel zum Bau von Wohnungen im Öffentlichen Eigentum genutzt werden. So ist sichergestellt, dass wir auch nach Ablauf der Bindung Wohnungen nach sozialen Kriterien vergeben können. Wohnungen in öffentlicher Hand sind ein wichtiges Instrument kommunaler Sozialpolitik.

Leider hat Schwarz-Grün das abgelehnt!

Außerdem wollen wir, dass der Landrat aktiv wird, die Kreiskommunen zu einem gemeinsamen Konzept zu bewegen. Was bei Gewerbeflächen geht, das muss bei dem wichtigen Thema „Wohnen“ erst recht gelingen!

Auch diesem Antrag wollte Schwarz-Grün nicht folgen! Der Landrat hält den Antrag mit einer einmaligen Befassung in der Runde der Hauptverwaltungsbeamten bereits für erledigt.

Außerdem wollten wir 10 Millionen für zwei Jahre bereitstellen, um unsere Wohnungsbaugesellschaft in die Lage zu versetzen, sich zu vergrößern und auch bei Verbrauch der Fördermittel tätig zu werden. Auch hier war das Ergebnis leider – Ablehnung! Nun will ich nicht unterschlagen, dass Schwarz-Grün im Kreisausschuss sehr gewundene Aussagen zum Wohnungsbau getroffen hat. Man wolle ja auch mehr für Wohnungsbau tun, nur Beschlüsse fassen wolle man nicht. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Wer jedenfalls den Bau von 200 Wohnungen bis 2018 als Riesenerfolg abfeiert, der hat die Dimension der Herausforderung nicht im Ansatz verstanden!

Bildung schafft Chancen – im Bildungsbereich darf nicht gespart werden!

Unsere Förderschulen und Berufskollegs sind gut ausgestattet. Allerdings besteht Sanierungsbedarf. Aktuell wird das Berufskolleg in Hennef für ca. 50 Millionen Euro saniert und damit auch barrierefrei werden.

Durch das Landesprogramm „Gute Schule“ stehen dem Rhein-Sieg-Kreis 14,3 Mill. € zur Verfügung, die wir in die Infrastruktur, vorzugsweise in den MINT-Bereich einbringen wollen.

Die Ganztagsbetreuung muss ausgebaut werden! Wir fordern eindringlich, dass jedes Kind, das eine kreiseigene Förderschule besucht und einen Platz im „fördernden offenen Ganztage“ (FOGS) braucht, diesen auch bekommt.

Die heutige Gelegenheit soll auch genutzt werden, einen Dank an die Lehrerinnen und Lehrer, das sozialpädagogische Fachpersonal und auch die Schulaufsicht an unseren Schulen auszusprechen. Durch die Zuwanderung kamen zusätzliche Aufgaben auf sie zu. Diese, das möchte ich ausdrücklich betonen, wurden mit viel Engagement angegangen und gemeistert.

Internationale Flüchtlingsklassen sind an den Berufskollegs eingerichtet; sicherlich ein Experiment mit offenem Ausgang. Von Schule zu Schule bietet sich ein unterschiedliches Bild und die Organisation läuft überall anders. Die unterschiedliche Auffassung von Pünktlichkeit etwa, der Umgang mit Glauben und Toleranz sind Herausforderungen an die Lehrkörper. Für die Pädagogen gehen damit enorme Anforderungen einher. Wer als Lehrer in einer Flüchtlingsklasse arbeitet, ist nie nur Lehrer: Er wird nach Handyverträgen, Wohnungsangeboten und Praktikumsplätzen gefragt, ist Erzieher und Psychologe, Lebensberater und Manager, Vertrauensperson und oft genug auch Elternersatz.

Was aber besonders problematisch ist, ist die extreme Heterogenität innerhalb der Schülerschaft. Da sitzt der Analphabet neben dem Hochbegabten und der leistungsschwache Dauerschwänzer neben dem hochmotivierten Überflieger. Es ist an der Zeit, dass man sich auch bei den Lehrerinnen und Lehrern für diese Herkulesarbeit bedankt.

2008 hat Deutschland die „UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ ratifiziert. Die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ist gewollt, wird aber nur zögerlich umgesetzt. Es stellt sich nicht die Frage, ob wir diesen Anspruch wollen, sondern wie wir ihn umsetzen.

Der Anfang ist gemacht, vor allem auf Initiative der SPD-Kreistagsfraktion!

Der Inklusions-Fachbeirat hat seine Arbeit aufgenommen. Der „Aktionsplan Inklusion“ wird zurzeit erarbeitet. Damit er auch umgesetzt und gelebt wird, bedarf es weiterer Anstrengungen, auch finanzieller. Wir wollen, dass der Aktionsplan umgesetzt wird und nicht in einer Schublade verschwindet – und jeder weiß: Die Schubladen des Rhein-Sieg-Kreises sind groß.

Für uns Sozialdemokraten ist immer klar gewesen, dass es keine Einschränkungen und Kürzungen bei den freiwilligen sozialen Leistungen des Kreises geben darf. Umso mehr freut es uns, dass wir durchsetzen konnten, dass diese Leistungen im Haushalt 17/18 sogar noch ausgebaut werden konnten.

Was wollten wir und was haben wir erreicht?

Nicht erst zu diesem Haushalt, sondern seit langem schon fordern wir den Auf- und Ausbau von Sozialräumen mit einem Angebot von niederschweligen sozialen Dienstleistungen für das gesamte Kreisgebiet, um es älteren, gebrechlichen und pflegebedürftigen Menschen zu ermöglichen, auch mit diesen Einschränkungen weiter in ihrem gewohnten Umfeld leben zu können.

Das beinhaltet zwei Komponenten: 1. Müssen Betroffene keine Angst haben, aus ihrem sozialen Umfeld gerissen zu werden. Sie können im gewohnten Umfeld zwischen Nachbarn, Freunden und Familie bleiben.

2. Es ist gut für die Finanzen des Kreises. Die Aufwendungen zur Pflege, die wir aufbringen müssen, steigen seit Jahren. Man kann mit einer wahren Explosion der Kosten rechnen, wenn so ab 2030 die geburtenstarken Jahrgänge in das Alter hineinkommen, wo ihnen Pflegebedürftigkeit droht.

Und auch den Aspekt Altersarmut darf man nicht außer Acht lassen;

Wir müssen viel Geld in die Hand nehmen, um solche helfenden Strukturen zu schaffen, wir von der SPD wollten das in diesem Haushalt realisieren. CDU und Grüne haben das Ziel formuliert, die stationäre Unterbringung zu Lasten des Kreises jährlich um 1 % zu senken.

Um das zu realisieren, benötigt man diese ambulanten Hilfen, wie wir sie gefordert haben. Schade nur, dass wir es nicht beschlossen haben!

Sehr aktiv beim Aufbau altengerechter Sozialräume ist das kivi-Projekt „Mitten im Leben“. In sechs Kommunen unseres Kreises werden Strukturen geschaffen, die unserer Konzeption entsprechen. Daher begrüßen wir die Erhöhung des Kreiszuschusses. Dieses Projekt sollte auf den ganzen Kreis ausgeweitet werden!

Auch bei den weiteren Forderungen meiner Fraktion zur Verbesserung des sozialen Leistungsangebots konnten wir uns teilweise wiederfinden. Die Wohlfahrtsverbände, die mit ihrer allgemeinen Sozialberatung die Kommunen nicht unerheblich belasten, bekommen einen Zuschuss zu ihrer Arbeit. Hier ist die CDU uns bei der geforderten Höhe entgegen gekommen!

Wir steigen in die Sozialplanung ein, die es uns ermöglichen wird, die Mittel für die soziale Sicherung im Kreis effizient und effektiv einzusetzen. Sozialplanung wird die Wirkungen sozialer Maßnahmen erkennbar und damit steuerbar machen. Damit kann nach Bedarf eine Korrektur vorgenommen und präventiv eingegriffen werden.

Natürlich tragen wir auch den Wünschen verschiedener Verbände Rechnung, die nach vielen Jahren der Leistungserbringung bei unveränderten Zuschüssen eine Erhöhung beantragt haben, z.B. die AWO-Wohnberatung, die Insolvenzberatung des SKM und die Initiative gegen sexuelle Gewalt der Frauenzentren Bad Honnef/Königswinter und Troisdorf. Und wir freuen uns, dass nun auch die Kurdische Gemeinschaft einen Zuschuss zu ihrer erfolgreichen Beratungstätigkeit erhält

Wir erleben im Verkehrsbereich derzeit einen fundamentalen und epochalen Umbruch. Auf der einen Seite strebt ein großer Teil der Bevölkerung eine flexible und nachhaltigere Mobilität an, die sich nicht mehr auf ein Verkehrsmittel konzentriert, sondern davon lebt, völlig verschiedenartige Verkehrsmittel zu nutzen; hier wird gerne kombiniert. Die moderne und gewünschte Mobilität soll aus Kundensicht einfach, bequem und preiswert sein.

Die Herausforderungen sind groß. Man wird in Zukunft auf mehr Mobilität mit weniger Autoverkehr setzen. Insbesondere der ländliche Raum muss dann aber gut an den Öffentlichen Personennahverkehr angebunden sein. Die SPD-Kreistagsfraktion hat hierzu in der Vergangenheit unterschiedlichste Anträge eingebracht. Insbesondere ein kommunales Mobilitätsmanagement bildet die Klammer für alle Aktivitäten zur Verbesserung der Effizienz und Nachhaltigkeit des Verkehrs in unserem Rhein-Sieg-Kreis. Hier müssen schnell Umsetzungsschritte folgen.

Verkehrspolitik erfordert manchmal Mut. Wer bessere Personenzugverbindungen und mehr Lärmschutz will, der muss die zweigleisige Wiederherstellung der Siegtalstrecke entschieden vorantreiben. Das sah auch die Kreis-CDU und Frau Winkelmeier-Becker so, bis dann die Bürgermeisterwahl in Eitorf kam, und man die Chance auf kurzfristige Geländegewinne im Wahlkampf sah. Ausdrücklich loben möchte ich in diesem Zusammenhang den Herrn Landrat, der dieses schäbige Spiel seiner Parteifreunde vermutlich aus Verantwortung für den Kreis nicht mitgespielt hat.

Wer gegen Staus und für bessere Zugverbindungen ist, der muss für eine Brücke über den Rhein kämpfen. Für beides, die Siegtalstrecke und die Brücke, hat sich mein Fraktionskollege Sebastian Hartmann als Mitglied des Verkehrsausschusses entschieden eingesetzt. Dafür sollten wir ihm fraktionsübergreifend Beifall spenden.

Auch das Verhalten der Grünen wirft – höflich gesprochen – Fragen auf. Sie sind zwar für eine Verlagerung von Verkehr von der Straße auf die Schiene- aber bitte nicht im Rhein-Sieg-Kreis! Ihre Blockadepolitik ist genau das Gegenteil von verantwortlich und schon gar nicht umweltfreundlich!

Die von der Politik im letzten Jahr in großem Konsens eingerichtete Ausweitung des linksrheinischen Busnetzes durch zusätzliche Buslinien im ländlichen Raum hat zu einer spürbaren Verbesserung der Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger geführt. Erste Einschätzungen zeigen, das Angebot wird gut angenommen und gehört zu einer guten Mobilität im ländlichen Raum, die unbedingt beizubehalten ist. Das kostet Geld, ist aber ein wichtiger Faktor für die Attraktivität des ländlichen Bereiches mit Anbindung an die Schiene.

Zu einer guten Anbindung des ländlichen Raumes gehören nicht nur schnelle Busse, sondern auch schnelles Internet. Basierend auf einem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion hat die Wirtschaftsförderung frühzeitig eine umfassende Bestandsaufnahme durchgeführt, die uns in die Lage versetzt hat, uns frühzeitig und erfolgreich um Fördermittel zu bemühen! Das ist gut für die Attraktivität insbesondere des ländlichen Raumes!

Im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes sieht die Bilanz des Rhein-Sieg-Kreises alles andere als positiv oder rosig aus. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch ist mit 4 % weiterhin verschwindend gering, auch und gerade im Vergleich zu anderen Landkreisen. Der Rhein-Sieg-Kreis spielt hier nicht in der Bundesliga, sondern allenfalls in der Kreisliga A. Der Doppelhaushalt sieht hier zwar Etatansätze für die Umsetzung des Masterplans Energiewende und zur Einrichtung einer Rhein-Sieg-Energieagentur vor, ein schlüssiges Konzept für die Energieagentur, insbesondere auch für ihre Rolle in Abstimmung mit den 19 Kommunen, liegt noch immer nicht vor, so dass die

Etatansätze zu Recht mit einem Sperrvermerk versehen wurden. Die SPD-Kreistagsfraktion hätte sich im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes durchaus mutigere Haushaltsansätze vorstellen können. Ein Hobby-Fußballer wie Sebastian Schuster weiß und kennt die Mechanismen. Wenn die Mannschaft das gesetzte Aufstiegsziel nicht erreicht und Spieler sowie Trainer bereits ausgetauscht sind, wird auch der Präsident in Frage gestellt. "

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns ist klar:

Unsere Mitarbeiter im Kreishaus sind die wertvollste Ressource, die wir haben. Deswegen liegt es mir am Herzen, ihnen herzlich für Ihr Engagement „Danke“ zu sagen! Ohne Sie ginge gar nichts! Die SPD-Kreistagsfraktion wird dem Stellenplan für 2017/2018 zustimmen. Viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leben zurzeit in einem Unsicherheits- und Veränderungsmodus. Entweder sind sie schon umorganisiert - als Folge der GPA-Untersuchung - oder wissen, dass in ihrem Bereich noch signifikante Veränderungen anstehen.

Wir wissen, dass dies auch belastend sein kann. Und dennoch begrüßen wir diesen Prozess auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr.

Der Veränderungsprozess ist überfällig – und hätte weniger abrupt ausfallen können, wenn man frühzeitig unseren Forderungen gefolgt wäre. Erst jetzt und nicht bei seinem Amtsantritt nimmt der Herr Landrat die Aufblähung der Verwaltung durch Landrat Kühn zurück. Auch hier gilt: Besser spät als nie, aber früher wäre trotzdem besser gewesen!

Künftig müssen wir uns damit beschäftigen, neues und weiterhin gutes Personal auszubilden und dauerhaft zu halten. Denn nur so können wir uns langfristig auf die demografischen Entwicklungen vorbereiten.

Ein weiteres Thema ist die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen: Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit erhalten, bestimmte Vorgänge elektronisch abzuwickeln. Hier ist noch viel zu tun.

Nach diesem Schnelldurchgang durch alle Politikfelder ist klar: Die SPD-Kreistagsfraktion wird diesem Haushalt die Zustimmung verweigern, dem Richtung, Perspektive und die richtige Prioritätensetzung fehlt. Für unsere Ablehnung des Haushalts sind Inhalte und nicht Stilfragen entscheidend. Und doch möchte ich hier deutlich die Arroganz der Macht thematisieren, die Schwarz und leider auch die ehemals basisdemokratischen Grünen an den Tag legen. SPD-Anträge werden auch dann abgelehnt, wenn keine Gegenargumente vorgetragen werden. Und manche lieb gewordenen Rituale dürfen offenbar nicht fehlen: Schwarz-Grün darf auch dieses Mal nach Einbringung des Haushaltes einen Antrag stellen, in welchem eine Senkung der Kreisumlage gefordert wird, weil – oh Wunder – auf einmal

doch noch finanzieller Spielraum ist. Und dieser Spielraum für eine Senkung der Kreisumlage besteht dann genau in der Höhe, wie im Antrag aufgeführt. Ein kleines Vorweihnachtswunder oder politische Sandkastenspiele, die dieser Kreis nicht braucht!

Und so schließe ich mit dem Wunsch, dass wir in den kommenden Jahren einen Stil pflegen, in dem der Austausch von Argumenten alleine entscheidend ist. Demokratie lebt von einem fairen Wettstreit der Ideen! Das bedeutet, sich guten Ideen umbefangen zu nähern, Argumente zu wägen – und dann anhand sachlicher Kriterien zu entscheiden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede

Zum Doppelhaushalt 2017/18

Ingo Steiner, Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort

Siegburg, 19.12.2016

Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

Kreishaus, Raum B 1.08

Kaiser-Wilhelm-Platz 1

53721 Siegburg

Telefon 02241 - 50737

Telefax 02241 - 53642

info@gruene-fraktion-rhein-sieg.de

www.gruene-fraktion-rhein-sieg.de

Sehr geehrter Landrat Schuster,
liebe Kreistagskolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir GRÜNE haben für unsere Haushaltsberatung
drei wichtige Kriterien definiert:

Stabile Kreisumlage, solide Rücklage, verlässlicher Partner der Kommunen

- 1) Ziel des Doppelhaushalts soll weiterhin sein, die in der Mittelfristigen Finanzplanung festgelegten Umlagesätze der Kreisumlage nicht zu überschreiten und soweit möglich auch zu senken.
- 2) Insbesondere mit Blick auf die Risiken für die Zukunft, soll ein Griff in die Rücklage

vermieden werden oder wenn erforderlich kurzfristig wieder ausgeglichen werden.

GRÜNE wollen vermeiden, dass es durch eine nicht vorhandene Rücklage für die Kommunen zu negativen Sprünge bei der Kreisumlage kommt.

- 3) Schwarz/Grün im Rhein-Sieg Kreis steht seit 16 Jahren für Verlässlichkeit und fairer Partner für die Kommunen. Auch zukünftig wollen wir die Kreisumlage auf niedrigem Niveau konstant niedrig halten. Um dieses mittelfristig auch halten zu können, müssen wir auch nach strukturellen Einsparungen im Kreishaus suchen. Auch hier arbeiten wir dran.

Ein großer Posten sind die Sozialaufwendungen im Kreishaushalt. Hier muss man nach wie vor darauf hinweisen, dass die Kosten auch heute vom Bund nicht ausreichend finanziert sind und mit den anstehenden Aufgaben bei der Integration von Flüchtlingen wird dies nicht besser werden.

Auch hier wollen wir die IST Situation kritisch prüfen. Das Land hat mit der Strategischen Sozialraumplanung ein Beratungsangebot entwickelt, mit

dessen Unterstützung wir im Kreis in nächsten Jahr die Ziele einer strategischen Sozialraumplanung für den Kreis herausarbeiten wollen um dann im Jahr 2018 in die strategische Sozialraumplanung einzusteigen. Dabei wollen wir alle Akteure, seien es die Kommunen, die Wohlfahrtverbände und andere mitnehmen.

Ich bin jetzt seit 2014 Mitglied im Kreistag, und ich kann mich an keinen Haushalt erinnern der im Sozialbereich den Wünschen des Fachausschusses so deutlich entspricht. Das hat natürlich Gründe auf zwei Seiten: Erst einmal die der Sozialpolitiker und Wohlfahrtsverbände, die sich aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen auf das wichtigste Konzentrieren. Aber auch die Seite der Finanzpolitiker, die wissen wie wichtig viele der Projekte, die der Kreis finanziert für die Menschen im Kreisgebiet sind, die sich nicht auf der Sonnenseite des Lebens befinden.

Ein anderer Weg der schwarz/grünen Koalition ist, das ÖPNV Angebot konsequent zusammen mit den Kommunen weiter zu optimieren und auszubauen. Hier sind wir auf einem guten Weg. B Betrachtet man die Nachfragesteigerungen in Troisdorf, dem

südöstlichen Kreisgebiet oder dem linksrheinischen Kreisgebiet. Aber wir sind hier noch lange nicht am Ziel, darum verfolgen wir diesen Weg konsequent weiter. Hier haben wir vor allem die Mobilität im ländlichen Raum im Blick.

Ein prägendes Element der schwarz/grünen Haushaltspolitik war auch der Bereich der Energieeinsparung bzw. der energetischen Sanierung der Liegenschaften des Kreises. Auch hier verfolgen wir weiterhin das Ziel mit einer Senkung des Energieverbrauchs den Haushalt nachhaltig zu entlasten. Aber auch die Energieerzeugung muss betrachtet werden und auch hier wollen wir mit den Kommunen überlegen, wie wir eine kreisweite Energieagentur aufstellen können.

Im Bildungsbereich finanziert der Kreis die Förderschulen und Berufskollegs. Hier wird kontinuierlich an der Sanierung des Bestands gearbeitet, derzeit mit der Sanierung des Carl Reuther Berufskollegs in Hennef. Das Land stellt in den nächsten vier Jahren aus dem Landesprojekt „Gute Schule 2020“ rund 15 Mio. Euro für Schulen in Trägerschaft des Kreises zur Verfügung. Diese wollen wir zu einem Drittel auch für eine Modernisierung

der IT Infrastruktur an unseren Schulen verwenden, die Verwaltung erarbeitet hier mit den Schulen zusammen ein Bedarfskonzept.

Wo wir gerade bei den Berufskollegs sind, zeigt doch die heutige Situation einen großen Bedarf gerade im Bereich der MINT Berufe: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik sind Themenbereiche, an die junge Menschen herangeführt werden müssen, man muss ihre Neugierde wecken.. Genau das macht das Deutsche Museum. Genau diesem Anspruch, meine Damen und Herren, erfüllt die Einrichtung. Sie ist – und das haben wir uns sehr genau angeschaut, Fragen gestellt und geprüft - ist weniger ein Museum, es ist vielmehr eine Wissenswerkstatt. Wie wichtig das heute ist, wissen wir alle, das muss man niemandem zweimal sagen.

Die Grüne Fraktion hat sich vor Ort von der hervorragenden Arbeit überzeugen lassen. Darum kann ich für uns klar sagen: Wir wollen diese wichtige Einrichtung für die Region erhalten. Wir wollen aktiv daran arbeiten, dass ihr Angebot an Workshops und wissenschaftlichen Seminaren für

Schülerinnen und Schüler im Kreisgebiet besser wahrgenommen wird. Darum haben wir als schwarz/grün beantragt, das Museum in den nächsten fünf Jahren mit einem Betrag von 75 T€ jährlich zu unterstützen.

Doch auch andere positive Signale sind im Haushalt zu finden. So hatten wir GRÜNE bereits frühzeitig zusätzliche Personalstellen für IT Administratoren an den Berufskollegs gefordert. Meist müssen Lehrkräfte diese zunehmend aufwendigeren Arbeiten nebenbei meistern. Ein Zustand, der mit dem modernen Verständnis von Bildungsauftrag nicht haltbar, oder meine Damen und Herren, vereinbar ist. Die Verwaltung hat diese Überzeugung gerne aufgegriffen. Im Rahmen der Diskussion im Fachausschuss wurde schnell deutlich, dass dieses sogar eine Pflichtaufgabe des Schulträgers ist.

Positiv zu Ende gegangen ist nunmehr die Geschichte um das ehemalige Schullandheim Gemünd, wo der Förderverein dem Kreis für gemeinnützige Zwecke einen deutlichen 6stelligen Betrag zur Verfügung stellt. Dieses Geld wollen wir zu einem Viertel nutzen, um die Ausstellung der Ge-

denkstätte für Landjuden an der Sieg zu modernisieren und für junge Menschen attraktiver zu machen.

$\frac{3}{4}$ des Geldes sollen an die Fördervereine an den Schulen im Kreisgebiet gehen, die selbst entscheiden können wofür die Mittel eingesetzt werden. Insbesondere die Fördervereine helfen oft da, wo die finanziellen Mittel der Eltern eine Teilhabe an Klassenausflügen oder -festen nicht zulassen. Das ist aus Sicht von schwarz/grün ganz im Sinne des Fördervereins.

Damit das Beethoven Jubiläumsjahr nicht am Rhein-Sieg Kreis vorbei geht, wollen wir das der Kreis sich an der für die Organisation eingerichteten Gesellschaft beteiligt, sowohl finanziell wie auch mit Personal. Den auch im Rhein-Sieg Kreis gibt es viele Orte die mit Beethoven in Verbindung stehen.

Zum Schluss noch ein Satz zum sozialen Wohnungsbau. Hier geht es weniger darum, dass wir für diesen Bereich mehr Mittel benötigen. Vielmehr geht es darum, dass wir unsere Gesellschaft in die Lage versetzen die zur Verfügung stehenden Mittel auch zu verwenden. Das dieses kein reines

Rhein-Sieg Problem ist, zeigt das unser Nachbar Bonn auch nicht in der Lage ist die ihm zustehenden Mittel zu verwenden. Insbesondere durch die aktive Beteiligung der Vertreter von CDU und GRÜNEN im Aufsichtsrat der GWG konnte dieses Jahr eine deutliche höhere Investition als in den Vorjahre realisiert werden. Auch hier besteht noch Luft nach oben.

Wir stellen mit unseren Änderungen, die weitgehend eine breite Mehrheit in den Fachausschüssen gefunden haben, auch diesmal wieder aus Sicht der Koalition einen guten Haushalt zu Abstimmung. Hervorheben möchte ich besonders die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit in der Koalition, mit unserem „Partner für Verlässlichkeit“ – der CDU.

Aber auch der von der Verwaltung eingebrachte ehrliche Entwurf hat es uns leicht gemacht, uns auf die wesentlichen Projekte zu konzentrieren. Dem Team der Kämmerei, an der Spitze mit Kämmerin Svenja Udelhoven, herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und die Unterstützung im Rahmen der Haushaltsberatung.

Aber zuletzt auch einen Dank an Landrat Sebastian Schuster, der unsere Ideen aufgreift und immer bereit ist auch neue, andere Wege zu gehen. Dieser Haushalt zeigt was entstehen kann, wenn man bereit ist, gemeinsame andere und neue Wege einzuschlagen.

Dr. Karl-Heinz Lamberty, Vorsitzender FDP-Kreistagsfraktion

Haushaltsrede 19.12. 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

dass die FDP-Fraktion dem Doppelhaushalt zustimmen wird, haben wir bereits im Finanzausschuss signalisiert. Das heißt aber nicht, dass wir nun alles gut heißen würden, was beschlossen wurde. Wenn ich dem Haushalt eine Schulnote geben wollte, wäre das eine 3-.

Wir haben in diesem Jahr im Arbeitskreis Konsolidierung den Haushalt systematisch durchgearbeitet und einiges an Einsparpotential gefunden. Die Zusammenarbeit unter der zielführenden Leitung von Herrn Becker war sehr konstruktiv. Auch die Verwaltung hat ihren Beitrag geleistet, damit der Arbeitskreis erfolgreich arbeiten konnte.

Nun hatte ich daher die Erwartung, dass sich diese Konsolidierungsarbeit auch bei diesen Haushaltsberatungen fortsetzen würde. Aber das war wohl naiv, denn es steht ein Wahljahr vor der Tür und dann werden Politiker gern wieder großzügig. Insofern war ich von den kostenwirksamen Anträgen der anderen Fraktionen etwas überrascht - ob es nun ein nicht angefragter Zuschuss zum Wohnungsbau an die GWG ist oder ein fragwürdiges Investment in eine Energieagentur, die als Doppelstruktur zu Einrichtungen in den Kommunen und mit unklarer Zielsetzung daherkommt. Das sind nur zwei Beispiele.

Interkommunale Zusammenarbeit bleibt eine große Herausforderung für den Kreis und die 19 Städte und Gemeinden. Das heißt aber nicht, dass der Kreis Aufgaben übernimmt, die in den Kommunen längst geleistet werden.

Die FDP-Fraktion hat – wie in allen Jahren zuvor – keine kostenwirksamen Anträge gestellt, weil wir der Meinung sind, dass der Sparkurs konsequent fortgesetzt werden muss. Der Kreishaushalt ist nämlich noch lange nicht über den Berg. Die Risiken sind nach wie vor erheblich, auch wenn dies aktuell durch die verbesserten Zahlen verschleiert wird.

Dass wir in der Zeit zwischen der Einbringung des Haushalts und der heutigen Verabschiedung eine deutliche Verbesserung haben, ist ja nicht auf eigene Bemühungen zurückzuführen, sondern vor allem auf zwei externe Faktoren, nämlich der Senkung der Umlage des Landschaftsverbandes und höheren Schlüsselzuweisungen.

Auf die Risiken hat die Kämmerin in ihrer Haushaltsrede schon deutlich hingewiesen. Die Sozialkosten steigen weiter. Die Zuschüsse aus den sogenannten Bundesmilliarden fallen niedriger aus als erwartet. Neue Bundesgesetze wie das Bundesteilhabegesetz zur besseren Förderung von Behinderten oder die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses können zu erheblichen Mehrbelastungen führen, wenn die Kosten nicht komplett vom Bund übernommen werden. Das ist bekanntermaßen selten der Fall. Wir müssen außerdem mit einer deutlich sinkenden Gewinnausschüttung der Kreissparkasse rechnen, da die Niedrigzinsphase wohl noch lange anhalten wird. Und was die RWE-Aktien noch an Risiken mit sich bringen und ob wir sie überhaupt noch zu einem halbwegs günstigen Kurs loswerden, ist ja seit langem bekannt.

Angesichts dieser Risiken hatten wir als Fraktion beschlossen, die durch die Senkung der Landschaftsumlage erfolgte Einsparung nicht über die Kreisumlage an die Kommunen weiter zu geben, sondern der Rücklage zuzuführen. Angesichts der genannten Risiken ist nämlich mittelfristig zu befürchten, dass unsere Rücklage weiter schmilzt. Ich möchte jedenfalls nicht vor die Kommunen treten und wieder eine höhere Kreisumlage oder gar eine Sonderumlage einfordern, weil wir keine vorausschauende Finanzpolitik gemacht haben.

Wie ich den Beratungen entnommen habe, wird der Arbeitskreis Konsolidierung seine Arbeit im nächsten Jahr fortsetzen. Dann geht es weniger um einzelne Haushaltsstellen sondern mehr um die Strukturen. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat uns einiges aufgeschrieben, was wir abarbeiten müssen. Das ist das eine.

Wir haben uns inzwischen beraten lassen, wie wir im Sozialbereich die Kosten besser in den Griff bekommen und vor allem auch das Inkasso von Ansprüchen verbessern.

Wo wir aber auch ran müssen und da werden wir wohl auch eine externe Beratung brauchen, ist die Vergabe von Aufträgen. Nicht nur die Entwicklung bei der Brandschutzsanierung des Kreishauses hat es offenbart, auch bei vielen anderen Vergaben haben wir mehr Geld ausgegeben als notwendig und das darf nicht so bleiben.

Abschließend bedanke ich mich bei der Verwaltung, insbesondere bei Frau Udelhoven für die gute Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen. Da eine Fraktion dem Landrat vorgeworfen hat, er habe bei den Haushaltsberatungen geschwiegen, möchte ich an dieser Stelle anmerken, dass nicht das Schweigen entscheidend ist, sondern die Tatkraft, den Haushalt in Zusammenarbeit mit den Fraktionen zu konsolidieren und da habe ich bisher keinen Grund zur Kritik.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 5
zu TOP 18

Sehr geehrter Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Gäste,

die Politik der Kreisverwaltung Rhein-Sieg agiert einerseits herzlos und andererseits kopflos.

Häufig haben wir als Fraktion DIE LINKE im Kreistag den Eindruck, dass der Landrat ein Kapitän ohne Mannschaft ist. In vielen Fällen folgt die Verwaltung nicht ihrem Chef.

Herzlos zeigt sich die Verwaltung mit der beauftragten Studie zu den Kosten der Unterkunft von SGB2-Empfängern. Es wurde ein Unternehmen beauftragt diese Kosten im Rhein-Sieg-Kreis zu untersuchen, das damit wirbt Senkungspotentiale zu finden – zu garantieren. Ziel dieser Studie, die im Auftrag des Rhein-Sieg-Kreises durchgeführt wird, ist es also nicht eine angemessene Finanzierung von Wohnraum für Hartz-IV-Empfängern zu definieren, sondern einseitig den Haushaltsposten zu kürzen. Das Ergebnis ist also voraus zu sehen, Wohnraum für Hartz-IV-Empfänger soll billiger werden.

Kopflos wirkt das Ganze, wenn die gleiche Verwaltung aktuell eine Studie der Kreissparkasse zum Wohnungsbau als Ergebnis vorstellt, die verkündet das Wohnraum knapp ist und die Preise und Mieten steigen.

Liebe Damen und Herren,

herzlos war der Umgang mit der Schließung der Geburtsstation in Eitorf. Die Menschen in Eitorf haben monatelang gegen die Schließung der Geburtsabteilung gekämpft. Schwangere Frauen müssen nun 30 oder mehr Kilometer fahren, um zur nächsten Geburtsklinik zu fahren. Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag hat davor gewarnt, dass hier für die Menschen im Rhein-Sieg-Kreis und speziell für

schwängere Frauen eine Versorgung strukturell nicht mehr gewährleistet ist. Alles sei Panikmache war die Antwort, der Landrat stehe in Verhandlungen. Nun ist die Geburtsabteilung in Eitorf geschlossen. Und schon droht die Schließung der Geburtsabteilung in Sankt Augustin. Diese Schließung verschärft das Problem der fehlenden Gesundheitsfürsorge für Gebärende und Neugeborene im Rhein-Sieg-Kreis. Da nun auch bestimmte Versorgungsangebote nicht mehr im Rhein-Sieg-Kreis angeboten werden. Die betroffenen werdenden Mütter müssen nun nach Bonn fahren.

Kopflös zeigt sich das Verwaltungshandeln, da nun eine gravierende Lücke in der Daseinsvorsorge entstanden ist. Davor hat die Fraktion DIE LINKE schon vor zwei Jahren gewarnt. Auch ökonomisch ist dies ein Problem. Wie möchte man im Rhein-Sieg-Kreis junge Familien für unsere Region begeistern, wenn ein elementarer Bestandteil ihrer Familienplanung im Rhein-Sieg-Kreis nicht gewährleistet ist. Der Zuzug junger qualifizierter Fachkräfte ist also gefährdet, weil elementare Teile der Daseinsvorsorge im Rhein-Sieg-Kreis nicht mehr vorhanden sind oder extrem gefährdet sind. Wer sagt denn, dass die Geburtsstationen als nächstes nicht komplett nach Bonn zentralisiert werden?

Kopflös agiert die Verwaltung beim Umgang mit Fehlern. Erneut möchte sich der Rhein-Sieg-Kreis an der Regionalen beteiligen. Bei viel Lob gab es aber auch viele Fehler und einige Peinlichkeiten. So wurden auf 120 Meter 18 neue Parkbänke in Sankt Augustin installiert. Die Rechtfertigungsversuche der Verwaltung gerieten zur Posse um die blauen Bänke.

Wir erinnern uns auch an Stahlsteelen, die als Wegweiser zum Preis von 2500,- € Stück inklusive Planungskosten in unseren Wäldern aufgestellt wurden, oder an das Wegweisersystem im Siebengebirge. Dort wurden mit großem Aufwand Steinscheiben in ausgefräste Findlinge gesetzt.

Die Fraktion DIE LINKE hat den Eindruck, dass die Verwaltung nicht analysiert was schlecht gelaufen ist. Für die neue Bewerbung wäre es schön, wenn die Verwaltung aus Fehlern lernen würde.

Zumindest hat die Verwaltung zum Abschluss der Zwangsversteigerung der Freizeiteinrichtung Aegidienberg hinsichtlich ihrer Lernfähigkeit einen Anfang gemacht. Als die ursprünglichen Ersteigerer auf der Zwangsversteigerung auftauchten, wurden diese festgenommen. Sie hatten sich schon in der Vergangenheit der Strafverfolgung durch eine falsche Angabe des Wohnortes entzogen. Die Fraktion DIE LINKE hatte daher damals kritisiert, dass die Kreisverwaltung mit dem per Vorführbefehl Gesuchten Geschäfte macht.

Wir erleben eine desaströse Entwicklung der Finanzen im Kreishaushalt in den letzten 5-6 Jahren, die zur faktischen Auflösung aller Rücklagen führte. Nicht dass dieses Geld für zukunftsweisende Projekte oder Menschen in Not verwendet wurde. Abgesehen von dem Geld, das in die verschiedenen Sanierungen verschwunden ist, allein die Sanierungskosten für das Kreishaus stiegen von 9 auf über 30 Millionen Euro.

Herr Biber, zeigen sie mir wo die Anträge der Fraktion DIE LINKE auch nur annähernd diese Größenordnung von Geld vernichtet hat.

Hauptursache für Auflösung der Rücklagen ist das Wegbrechen der Wertstellung der RWE-Aktien.

Herr Steiner, nur zur Erinnerung, die Koalition wollte in der letzten Amtsperiode noch Aktien der RWE-Tochter Rhenag dazu kaufen.

Aus diesen Gründen wird die Fraktion DIE LINKE dem vorgelegten Haushalt nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren,

die Fraktion DIE LINKE hat zusammen mit der Gruppe FUW-Piraten eine Reihe von Anträgen und Anfragen gestellt.

Wir fordern:

- den Verzicht auf Müllgebühren für die Tafeln,

- die Beratung von SGB2-Empfängern zum Energiesparen,
- ein kostenfreies ÖPNV-Ticket für Jugendliche bis 18 Jahre,
- die Umwandlung von Vergaben zu Festanstellungen,
- Antrag zur Aufbereitung des jüngsten dunklen Kapitels der Geschichte im Rhein-Sieg-Kreis Colonia Dignidad,
- eine bessere Darstellung für neue erhebliche Baumaßnahmen; hier gibt es die Zusage der Verwaltung die Präsentation an Beispielen der Stadtverwaltung Bornheim auszurichten
- Prüfung interkommunale Zusammenarbeit in den Ausschuss
Haushaltskonsolidierung als Controllingmaßnahme

Außerdem unterstützt die Fraktion DIE LINKE den SPD-Antrag zum Wohnungsbau. Die dort beantragten 10 Millionen Euro werden sich schnell in durch Mieteinnahmen refinanzieren.

Ein weiteres wichtiges politisches Anliegen wie unter Punkt 4 schon ausgeführt für die Fraktion DIE LINKE ist der finanzielle Ausgleich des weiteren Wegzugs der Bundesregierung. Derzeit befinden sich nur noch 37 Prozent der Arbeitsplätze der Bundesregierung in der Region. Das Bonn/Berlin-Gesetz hat Anfang der 90er Jahre der Region 50 Prozent der Arbeitsplätze garantiert. Nun sind die Arbeitsplätze weg. Es wäre Zeit gewesen zu handeln und für die fehlenden Arbeitsplätze eine Kompensation einzufordern. Die Zeit läuft, dass die Ansprüche verjähren. Das wären immerhin über 300 Millionen Euro.

Herr Landrat,

gehen Sie zur Bundesregierung und pochen Sie auf einen finanziellen Ausgleich.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss kommen.

Die Arbeit der Verwaltung lässt sich auf die einfache Formel bringen.

Was an Herz fehlt, sucht man vergebens an Verstand.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Frohe Weihnachten

Es gilt das gesprochene Wort.



Anlage 6
zu TOP 1P

Kreistagsfraktion

AfD Kreistagsfraktion Rhein-Sieg – Kreishaus – 53721 Siegburg

Vladimir Skoda (AfD-Kreistagsfraktion)

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Kreishaushalts 2017/2018 am 19.12.2016

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

es liegt uns ein Entwurf des Doppelhaushaltsplans für die nächsten 2 Jahre vor. Sie kennen die Zahlen, die sich gegenüber den Vorjahren deutlich verschlechtert haben. Als Ergebnis fehlen im Haushalt für 2017 über 5 Mio. die nur durch die Verwendung der Rücklage formell ausgeglichen werden konnten. Für 2018 sieht der Plan einen geringeren Fehlbetrag vor, allerdings bei enormen Unsicherheiten. Der Haushalt und dessen Entwicklungstendenz befinden sich in einer bedenklichen Schieflage.

Eines der Hauptziele wurde allerdings unter Inkaufnahme großer Zukunftsrisiken erreicht: Die Gemeinden wurden nicht zusätzlich belastet; die Umlage konnte sogar geringfügig gesenkt werden.

Ich möchte mich nicht mit Einzelheiten des Haushaltsentwurfs befassen; davon wurde bereits genügend berichtet. Ich möchte versuchen, ein grundsätzliches Problem anzusprechen.

Bevor ich aber dazu komme, möchte ich mich bei der Kämmerin, ihrem Team und allen beteiligten Mitarbeiter in der Verwaltung für die gewohnt sorgfältige Aufstellung des Haushalts herzlich bedanken. In unserem Dank schließen wir uns gerne den übrigen Fraktionen an. Herzlichen Dank.

Wenn wir trotzdem mit dem Prozess der Aufstellung des Haushalts und mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind, liegt das nicht an der Leistung der Verwaltung.

Die Verwaltung erbringt gute Arbeit. Das ist auch keine Überraschung, denn die Untersuchungen, Prüfungen, Kontrollen und Organisationsumstellungen hatten in der Vergangenheit und haben auch gegenwärtig die effektive Arbeit der Verwaltung zum Ziel und Objekt.



Kreistagsfraktion

AfD Kreistagsfraktion Rhein-Sieg – Kreishaus – 53721 Siegburg

Wer aber keiner Kontrolle dieser Art unterlag, meine Damen und Herren, war die Politik, die den Rahmen und die Leitideen für die Verwaltung liefern soll. Die politischen Akteure sind keiner Kontrolle unterworfen. Das ist auch so gewollt und richtig.

Wenn ich sage: keiner Kontrolle unterworfen, meine ich aber nicht: frei und unabhängig. Denn selbstverständlich handeln die politischen Akteure im Sinne und nach den Vorstellungen ihrer Partei, ihren Programmen und Zielen. Dazu kommen noch häufig persönliche Überzeugungen und Ambitionen.

Das führt aber dazu, dass die vielfach geforderte strenge „Aufgabenkritik“ als der einzige Weg zu einer wirklich systematischen, wirkungsvollen und zukunftsweisenden Art der Haushaltskonsolidierung, für die die Politik die Vorgaben für die Verwaltung geben soll, in der versuchten Umsetzung bisher nicht über ein klägliches Klein-Klein hinaus gekommen ist.

Eine solche sachliche Überprüfung der Aufgaben und Ziele wurde in der Vergangenheit vielfach gefordert:

- Unser Kostenstrukturprojekt zum vorigen Doppelhaushalt forderte eine mittelfristig angelegte Bemühung um Verbesserung der Kostenstruktur unter anderem durch eine Überprüfung aller Aufgabenbereiche auf Nutzen, Effektivität und Priorität.
- Der SPD-Fraktionsvorsitzende Herr Tendler sagte bereits zum letzten Haushaltsentwurf, ich zitiere: „Ich kann nur wiederholen, was in den vergangenen Jahren schon oft gesagt wurde: Nötig ist eine umfassende Aufgabenkritik.“
- Die Neuauflage des AKK im Herbst 2015 wurde auch mit der Überprüfung der Aufgaben begründet.

Die SPD-Fraktion hat nunmehr vor kurzem ein Antrag im Finanzausschuss eingebracht, der offenbar erneut in diese Richtung geht. Ich zitiere auch hier aus der Begründung: „die Politik muss sich ... über ihre Ziele und Prioritäten verständigen und eine Beratung des Haushaltes mit der Beratung über eine Strategie für den Kreis verbinden.“ Wir begrüßen ausdrücklich den Antrag, der von allen Fraktionen angenommen wurde, und werden selbstverständlich gerne an diesem Vorhaben mitwirken.

Das Ziel aus unserer Sicht muss es sein, alle freiwilligen Aufgaben und die damit verbundenen Aufwendungen kritisch nach dem Kriterium des möglichst größten messbaren Nutzen für die Bürger des Kreises zu prüfen.



Kreistagsfraktion

AfD Kreistagsfraktion Rhein-Sieg – Kreishaus – 53721 Siegburg

Dabei wäre es wünschenswert und notwendig, dass die Politik zumindest hier auf der kommunalen Ebene mehr Sachlichkeit und Pragmatismus statt Parteiräson auf den Tag legt. Gerade hier sind aber Zweifel angebracht, ob die Methode der objektiven, sachlichen Aufgabenkritik, so wie wir sie letztes Jahr vorgeschlagen haben und wie sie in der Wirtschaft üblich ist, bei der Gestaltung der Kommunalfinanzen funktionieren wird. Denn anders als in der Wirtschaft haben in der Politik die Entscheidungsträger viele unterschiedliche Rücksichten und Erwartungen parteipolitischer, gesellschaftlicher und sozialer Art zu erfüllen, so dass Objektivität und Sachorientierung häufig auf der Strecke bleiben.

Es gibt mehrere Haushaltspositionen, bei denen die objektive Beurteilung offensichtlich versagt. Für ein klassisches Beispiel halte ich die Haushaltsposition Klimaschutzstelle, Pos. 0.66.50 des Haushalts. Diese Position belastet den Haushalt mit knapp 500.000 Euro. Das vorrangig angegebene Ziel soll die Reduzierung des CO₂ Ausstoßes im Kreis, jährlich um ca. 0,5 %.

Eine sachliche Aufgabenkritik müsste lauten:

Der Kreis gibt das ihm von den Bürgern der Kommunen und des Landes anvertraute Geld aus. Welchen Nutzen haben davon die Bürger des Kreises?

Ich will mich jetzt nicht auf das glatte Eis einer Diskussion über den Klimawandel und dessen Ursachen begeben, aber man muss sich nur annähernd die Größenordnungen vor Augen führen, um die es bei den Bemühungen um eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes geht, um zu erkennen, dass es keinerlei Einfluss auf das Klima im Rhein-Sieg-Kreis oder weltweit geben kann, ob der Kreis dieses Geld nun ausgibt oder nicht. Es gibt also keinen konkreten Nutzen.

Diese Position des Haushalts ist rein ideologisch begründet; die Aufwendungen bringen den Bürgern nichts. Gleichwohl, auf unseren Antrag im AKK, diese Position komplett zu streichen, gab es die Antwort, der Kreis müsse diesen Aufwand treiben, denn Klimaschutz eine Aufgabe sei, die jeden Bürger etwas angeht.

Wie wahr, meine Damen und Herren; jeden mündigen Bürger, der selbst darüber zu entscheiden weiß, ob er zuhause Strom spart oder sich ein Elektroauto kauft, ob er eine neue Heizung oder wärmedämmende Fenster einbaut. Und zwar je nachdem, ob er das Geld dafür hat und ob er an den menschenverursachten Klimawandel glaubt.



Kreistagsfraktion

AfD Kreistagsfraktion Rhein-Sieg – Kreishaus – 53721 Siegburg

Es geht jeden Einzelnen selbst etwas an, aber nicht die Kommunalverwaltung, die nicht berechtigt ist, das Geld der Bürger auf dieser Weise zu vergeuden.

Ein anderes Beispiel dafür, dass eine sachliche und objektive Kritik der Aufgaben der Kreisverwaltung nur schwerlich gelingen wird, ist die – zugegeben betragsmäßig nicht bedeutsame, aber vom Charakter her typische - Position der Unterstützung der Jugendorganisationen der Parteien aus dem Teilhaushalt der Kreistagsbüros, Pos. 01.40. Unsere Anregung, diese Haushaltsposition zu streichen, ging ins Leere.

Dabei liegt die Vermutung, dass es sich um eine unzulässige Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln handeln könnte, auf der Hand. Es ist nicht von ungefähr, dass der Staat die Parteifinanzierung gesetzlich regelt und die Einhaltung der Regeln streng überwacht. Eine Zuwendung der hier praktizierten Art unterläuft die gesetzlichen Regeln.

Auch hier müsste eine objektive, von Parteiräson unabhängige Aufgabenkritik zur Entlastung des Kreishaushaltes von dieser Aufwendung führen.

Es ließe sich die Reihe solcher Beispiele fortsetzen. Ich komme nun aber zum Schluss, meine Damen und Herren, mit der Feststellung, dass wir mit Spannung dem erneuten, von der SPD initiierten Versuch entgegensehen, die Aufgaben des Kreises kritisch zu überprüfen und auf das Sinnvolle und Notwendige zurückzuführen. Wir werden gerne daran mitwirken.

Unsere Skepsis, ob die politischen Akteure wirklich zu einer sachlichen, objektiven Beurteilung der Sachverhalte willens und fähig sind, ist allerdings groß.

Die AfD – Fraktion wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Volksabstimmung

Anlage 7

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

zu TOP 18



Arbeit
Frieden
Freiheit
Gesundheit
Gerechtigkeit

Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax 02241-52830
www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, E-Mail: info@demokratie-durch-volksabstimmung.de

Siegburg, den 19.12.2016

An den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
Kaiser-Wilhelm-Platz 1
53721 Siegburg

Sitzung des Kreistages am 19.12.2016, TOP 18 „Haushalt 2017 / 2018“
Haushaltsrede des Kreistagstagsabgeordneten Dr. Helmut Fleck, Volksabstimmung

Sehr geehrter Herr Landrat Schuster, sehr geehrte Frau Kreiskämmerin Udelhoven,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

zum Kreishaushalt 2017 und 2018 gibt es Positives und Negatives zu sagen:

Positiv ist, dass es keine Erhöhung der Kreisumlage für die Kommunen gibt. Der Landrat hat sich getraut, in der Verwaltung Umstrukturierungsmaßnahmen durchzuführen (**Reduzierung der Dezernate von 7 auf 5, Zusammenlegung von Organisationseinheiten usw.**).

Positiv sind ferner die beschlossenen Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration für die Langzeitarbeitslosen in Höhe von 200.000 Euro/Jahr für 2017 bis 2021 gemäß Antrag von CDU und Grüne. Das ist ein **kleiner** Schritt in die richtige Richtung.

Ich gehe mal davon aus, dass meine Anfragen zur Arbeitslosigkeit vom 12.04.2016 mit der ausführlichen Antwort des Landrats vom 30.05.2016 und im besonderen meine Anfrage zu arbeitslosen Jugendlichen und erwerbsfähigen Leistungsbezieher im SGB II-Bezug (Hartz IV) unter 25 Jahre vom 13.06.2016 und die ebenfalls ausführliche Antwort des Landrats vom 02.08.2016 dazu beigetragen haben, dass CDU und Grüne den Antrag gestellt haben.

Mit Aufmerksamkeit habe ich ferner den Antrag der SPD zur **Errichtung einer Radbrücke zwischen Windeck-Dreisel und Windeck-Mauel** registriert. Die Realisierung dieses Vorhabens war ein zentraler Punkt des Wahlprogramms der Bürgermeisterkandidatin unserer Partei, Regina Müller, **zur Bürgermeisterwahl am 02.12.2012** in Windeck. Den Brief Regina Müller an die Windeckerinnen und Windecker und ihr Wahlprogramm finden Sie auf der Internetseite der „Volksabstimmung“ unter „Programme/PDF“:

http://www.demokratie-durch-volksabstimmung.de/PDF/bm_regina_mueller/infobrief_regina_mueller.pdf

http://www.demokratie-durch-volksabstimmung.de/PDF/programme_pdf/2012_11_28_regina_mueller_programmschwerpunkte.pdf

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg

Parteivorsitzender und Volksvertreter im Rat Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

Wenn der Wille dazu da ist und man sich über Lobby-Interessen hinwegsetzt, kann man noch mehr im Haushalt einsparen und damit Gutes tun.

In meinen Änderungsanträgen vom 06.12.2016 habe ich folgende Einsparungen beantragt:

Personalaufwendungen einschließlich Vorsorgeaufwendungen um 5 % **sozialverträglich** kürzen (**4,3 Mio. Euro in 2017, 4,4 Mio. Euro in 2018**),
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Kreisdarlehen, BRS-Darlehen, Kassenkredite: **6,9 Mio. Euro in 2017, 7,0 Mio. Euro in 2018**) streichen,
Umlage für den Landkreistag (**199.000 Euro/Jahr**) streichen,
die Anschlussvereinbarung mit der „Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein-Sieg- e.V.“ nicht abzuschließen und so **122.000 Euro/Jahr einzusparen.**

Verwendung dieser eingesparten Mittel in Höhe von rd. 11,5 Mio. Euro/Jahr zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. So bekommt der Wirtschaftsförderer des Rhein-Sieg-Kreises einen ordentlichen Haushalt. Wie aus meinen gerade zitierten Anfragen und den sicher ehrlichen Antworten hervorgeht, waren zum Stichtag im Rhein-Sieg-Kreis
rd. 12.000 Menschen arbeitslos (langzeitarbeitslos),
rd. 1.100 Langzeitarbeitslose sind unter 25 Jahre,
rd. 26.000 Menschen sind erwerbsfähige Leistungsbezieher im SGB II-Bezug (Hartz IV),
rd. 5.000 sind junge Menschen unter 25 Jahre.

Durch die arbeitssuchenden Menschen aus anderen EU-Ländern und den Flüchtlingen aus den Krisengebieten dürften die Zahlen heute sicher noch höher sein.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Siegburger Rathaus und Vorsitzende des Finanzausschusses hier im Kreistag hat diese Zahlen im Siegburger Stadtrat am 15.12.2016 bestritten, jedenfalls die Zahlen für Siegburg. Ich stelle gern nochmals eine Anfrage, um die aktuellen Zahlen zu erhalten und schlage vor, dass der Landrat zu jeder Kreistagssitzung unter dem TOP „Mitteilungen und Anfragen“ diese Zahlen bekannt gibt. Damit die Kreisverwaltung und der Kreistag sehen, welche Probleme sie vorrangig zu lösen haben.

Für **diese** Menschen müssen nach dem Verständnis von „**Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen (Volksabstimmung)**“ die Steuern und Abgaben der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen im Rhein-Sieg-Kreis eingesetzt werden und nicht für die Banken und **gemeinnützigen** Sparkassen 1), damit sich die Bosse der Kölner Sparkassen ein 3,5-faches Jahresgehalt der Bundeskanzlerin (220.000 Euro/Jahr) **u.a. von den Verwaltungsratsmitgliedern aus dem Rhein-Sieg-Kreis genehmigen lassen können.** In meiner Haushaltsrede vom **17.12.2015 zum Haushalt 2016** im Siegburger Stadtrat habe ich das thematisiert. Offensichtlich ist zwischenzeitlich keine Abhilfe erfolgt. Deshalb wiederhole ich hier:

„**Die Chefs der Kölner Sparkassen sind die Topverdiener**“, titelte die Bildzeitung am 24.11.2015. Das „Handelsblatt“ hätte die Gehälter für 2014 ermittelt.

Bild am 24.11.2015: „Spitzenverdiener ist Alexander Wüerst von der Kreissparkasse Köln mit 867.900 Euro/Jahr. Ihm folgt auf Platz 2 Artur Grzesiek (Sparkasse Köln/Bonn) mit 744.600 Euro/Jahr. Im Schnitt verdiente ein Topmanager der Sparkassen im Jahr 2014 352.000 Euro/Jahr. Zum Vergleich: die Bundeskanzlerin verdiente etwa 220.000 Euro/Jahr.“

<http://www.ksta.de/koeln/chef-der-kreissparkasse-verdient-mehr-als-angela-merkel-sote-23268074>

<http://tool.handelsblatt.com/tabelle/index.php?id=124>

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Siegburger Rathaus und Vorsitzende des Finanzausschusses

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg

Parteivorsitzender und Volksvertreter im Rat Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

hier im Kreistag hat diese Zahlen im Siegburger Stadtrat am 15.12.2016 auch bestritten.

Ich habe deshalb am nächsten Tag gleich gegoogelt.

Ergebnis: „Der Chef der Kreissparkasse“ „verdient“ rund 1,1 Millionen!“

T Köln

<https://www.welt.de/wirtschaft/article154368263/So-gut-verdienen-die-Chefs-der-Sparkassen.html>

Wer genehmigt so etwas?

Der Verwaltungsrat der Sparkassen überwacht die Geschäftsführung. „Er wirkt an Entscheidungen von grundlegender Bedeutung mit“. Ferner beraten Regionalbeiräte die Sparkassen (siehe Jahresbericht 2014 der Kreissparkasse Köln „Horizonte öffnen, Chancen ermöglichen“, S. 82).

Wer sitzt aus dem Rhein-Sieg-Kreis in diesen Gremien?

Im Verwaltungsrat seit 03.09.2014: u.a.

Jürgen Becker, CDU, Siegburg,
Dr. Torsten Bieber, CDU, Neunkirchen-Seelscheid,
Sebastian Hartmann, SPD, MdB, Bornheim,
Oliver Krauß, CDU, Alfter,
Sebastian Schuster, CDU, Landrat,
Dietmar Tandler, SPD, Eitorf,
Brigitte Donie, CDU, Swisttal,
Ivo Hurnik, CDU, Troisdorf,
Udo Scharnhorst, SPD, Windeck.

Politik für die Menschen sieht anders aus:

**Die Parteienherrschaft muss durch Volksabstimmungen demokratisiert werden,
damit Politik für die Menschen gemacht werden kann,
nicht nur für die Banken-, Pharma-, Energie- und Waffen-Lobby, ...**

Aus Wahlaussagen „Volksabstimmung“ (= Vorschläge für Volksabstimmungen):

5. Wollen Sie, dass Deutschland sich das benötigte Geld **zinslos** selber erzeugt (siehe Art. 73 Nr. 4 Grundgesetz: **Währungshoheit**), statt es von Privatbanken mit hohen **Zinsen** zu leihen und so mindestens **60 Mrd. Euro/Jahr** einspart, die für Arbeits-, Ausbildungsplätze, Bildung, Kindergartenplätze u.a. zu Verfügung stehen?

Ja

Nein

Es ist also einfach nachvollziehbar, wer gegen Volksabstimmungen ist.

Noch ein paar Sätze zu meiner Anfrage vom 06.12.2016, zur Anschlussvereinbarung mit der „Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein-Sieg e.V.“ und meinem Einsparantrag in Höhe von **122.000 Euro/Jahr** und die Antwort des Landrats vom 14.12.2016..

Meine Frage 4 lautete:

Es wäre doch naheliegend, dieser Immunschwäche einfach mit einer gezielten Vitaminbehandlung natürlich nebenwirkungsfrei zu begegnen. Warum wird dies nicht

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg

Parteivorsitzender und Volksvertreter im Rat Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

gemacht?

Antwort des Gesundheitsamtes des Rhein-Sieg-Kreises:

„Es bestehen keine Zulassungen von Arzneimittel auf Vitaminbasis, die zur Behandlung von HIV geeignet sind.“

Ich habe auch dazu im Internet recherchiert und bin auf **Dr. med. Matthias Rath** gestoßen:

www.dr-rath-gesundheitsallianz.org

<http://www.dr-rath-gesundheitsallianz.org/grundkurs/index.php>

Zellular Medizin und AIDS

Warum Mikronährstoffe ein wirksamer nebenwirkungsfreier und erschwinglicher Weg zu Kontrolle der AIDS-Krankheit sind.

<http://www.dr-rath-gesundheitsallianz.org/grundkurs/index.php?mod=14&page=81>

„Vitamine und andere Mikronährstoffe (Vitamin B5, Vitamin B6, Vitamin B12, Vitamin C, Folsäure) helfen, das Immunsystem zu stärken und Immunschwäche so auf natürliche Weise zu beseitigen.“

Zellular Medizin und AIDS (siehe das dortige Video)

<http://www.dr-rath-gesundheitsallianz.org/videos/grundkurs/Grundkurs%20Deutsch%20Teil%206/Grundkurs%20Deutsch%20Teil%206.html>

Sie haben jetzt ein Problem, Herr Landrat: Sie müssen den entsprechenden Beschluss im Finanz- und Kreisausschuss und hier im Kreistag beanstanden und den Abschluss der Anschlussvereinbarung mit der „Gesundheitsagentur AIDS-Hilfe Rhein-Sieg- e.V.“ stoppen und können so 122.000 Euro/Jahr einzusparen.

Mit diesen Anregungen schließe ich meine Ausführungen zum Haushalt des Rhein-Sieg-Kreises 2017/2018.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Dr. Helmut Fleck
Kreistagsabgeordneter
-Volksabstimmung-

1) Wikipedia über die Aufgaben der Sparkassen:

Sparkassen betreiben das Einlagen- und Kreditgeschäft, Wertpapiergeschäft, Zahlungsverkehr und sind meist Hausbanken ihrer **öffentlichen Träger**. Diese Aufgaben betreiben sie im öffentlichen Interesse, das die Beachtung des Gemeinwohls verlangt.

- Volksabstimmung -

Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen

Stadtverband Siegburg, Kreisverband Rhein-Sieg

Parteivorsitzender und Volksvertreter im Rat Kreisstadt Siegburg und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises:
Dr. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830

Haushaltsrede der Kreistagsgruppe Freie Wähler Rhein-Sieg/Piraten zum Doppelhaushalt des Rhein-Sieg-Kreises 2017/2018

Sehr geehrter Herr Landrat Schuster, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

alle 2 Jahre wieder steht der Kreishaushalt zur Beratung und Beschlussfassung an. Geht man in die Beratungen zu den vergangenen Haushalten, kommt einem schon fast zwangsläufig der Kultfilm „Und ewig grüßt der Murmeltier“ in den Sinn.

Der Landrat und seine ihn tragenden Fraktionen verkünden bei jeder Haushaltseinbringung mit Stolz, dass die Kreisumlage wieder einmal sinkt. Es macht sich doch gut, wenn dargestellt wird, dass der Hebesatz der Kreisumlage im Jahre 2010 bei 35,59% lag und nach der aktuellen Haushaltsplanung im Jahre 2021 sogar noch darunter, nämlich bei nur 35,57% liegen soll.

Nicht die postfaktische, sondern die faktische, also die reale, Wahrheit ist, dass die Kreisumlage im Jahre 2010 noch 216,5 Millionen Euro betrug, sich im Jahre 2021 aber auf bereits 299,8 Millionen Euro belaufen soll. Bei sogar noch abgesenktem Umlagensatz ist dies eine reale, von den Kreiskommunen in Geld zu zahlende Mehrbelastung in Höhe von 83,3 Millionen Euro. Anders ausgedrückt: eine Steigerung in Höhe von 38,5 Prozent.

Eine, wiederum an den Film „Und ewig grüßt das Murmeltier“ erinnernde Erfahrung bei Haushaltsberatungen ist, dass im Mittelpunkt der Beratungen Klein- und oft sogar Kleinstbeträge stehen. An die einen Haushalt prägenden Strukturen wird nicht herangegangen. Aber nur hier können wir wirklich etwas bewegen, wirklich Entlastungen für unsere bereits über Gebühr belasteten Kommunen erreichen. Der Kreis und seine gewählten Vertreter im Kreistagen haben die Aufgabe, für ihre Kommunen da zu sein, deren berechtigten Interessen soweit irgend möglich nachzukommen, sie vor allem finanziell soweit wie möglich zu entlasten. Kreistag und Landrat sollten sich immer wieder die originäre Aufgabe, warum es in unserer Kommunalverfassung überhaupt Kreise gibt, vergegenwärtigen: Kreise haben ihren Kommunen dadurch zu dienen, indem sie für die Kommunen diejenigen Aufgaben wahrnehmen,

zu deren Wahrnehmung die Kommunen nicht fähig sind. Diese dienende Funktion des Kreises vermissen wir nicht nur in den Sitzungen der Ausschüsse sowie des Kreistages, sondern auch in diesem Haushalt.

Ein Beispiel:

Die Personalkosten sind im Haushaltsjahr 2017 mit rund 86 Millionen Euro der drittgrößte Ausgabenposten des Kreises. Im Jahre 2016 betrug der Haushaltsansatz nur 77 Millionen Euro. Eine Steigerung innerhalb eines Jahres von fast 9 Millionen, oder – anders ausgedrückt – 11 Prozent!

Der Innenminister gibt in seinen Orientierungsdaten für Personalkosten einen Steigerungsrahmen von lediglich jährlich 1 Prozent vor. Dieses Ziel ist allein aufgrund der jährlichen Tarifsteigerungen nur durch permanenten Stellenabbau zu erreichen. Warum hält sich der Rhein-Sieg-Kreis nicht an diese Vorgabe?

Die Verwaltung hat die Personalkostensteigerung natürlich begründet. Die sachliche Notwendigkeit, insbesondere die eine oder andere Stelle im Sozialbereich zusätzlich einzurichten, stellen wir nicht in Frage. In Frage stellen wir allerdings die Bemühungen der Verwaltung, durch eine zielgerichtete Personalplanung zu untersuchen, ob und inwieweit in den nächsten Jahren freiwerdende Stellen überhaupt nachbesetzt werden müssen, bzw. wo hier durch eine andere Aufgabenverteilung oder Aufgabenzuweisung Stelleneinsparungen erzielt werden können.

Die demografische Entwicklung des Personals spielt hier eine wesentliche Rolle. Gerade sie bietet Ansatzpunkte für Einsparungen.

Damit bin ich bei einem anderen, nicht nur die kommenden Jahre, sondern Jahrzehnte prägendem, Faktum. Die Demografie unserer Bevölkerung.

Das Landesamt für Statistik hat in seiner Bevölkerungsvorausberechnung ermittelt, dass die Kreisbevölkerung von 586.520 Einwohnern im Jahre 2015 auf 617.392 Einwohner im Jahre 2040 ansteigen wird. Dies ist auf den ersten Anschein positiv. Betrachtet man jedoch die Entwicklung der Altersklassen, ergibt sich ein anderes Bild.

Im Jahre 2015 lebten im Kreisgebiet in der Altersklasse ab 60 Jahre bereits 157.000 Personen. Im Jahre 2040 werden es bereits 223.000 Personen sein. Eine Steigerung von über 42 Prozent. Nicht nur die Kommunen vor Ort, sondern auch der Kreis muss sich auf diese Entwicklung, auf die hierdurch neu und in einem bisher nicht berücksichtigten Maße, auf alle die Daseinsvorsorge für diese große Bevölkerungsgruppe zu schaffenden und zu unterhaltenden Einrichtungen nachhaltig einstellen.

Auch zu dieser Problematik vermissen wir die notwendigen Weichenstellungen im Haushalt.

Die demografische Entwicklung ist eng verbunden mit einer absehbaren Altersarmut. Das ständig sinkende Rentenniveau wird Kreise, Kreisfreie Städte und alle Kommunen vor bislang nicht absehbare Herausforderungen stellen. Ein Hauptziel des Neuen Kommunalen Finanzmanagements war die Sicherstellung der intergenerativen Gerechtigkeit. Vereinfacht ausgedrückt: die nächsten Generationen sollen nicht für die Schulden von heute aufkommen müssen.

Aus dem aktuellen Haushalt entnehmen wir, dass der Rhein-Sieg-Kreis zum Ende des Jahres 2015 eine Gesamtverschuldung in Höhe von 219 Millionen Euro hatte. Nach der vorliegenden Haushaltsplanung soll dieser Schuldenberg bis zum Jahresende 2018 auf knapp 275 Millionen Euro ansteigen. In nur drei Haushaltsjahren neue Schulden in Höhe von 76 Millionen Euro.

Wo bleibt hier die intergenerative Gerechtigkeit. Wir hinterlassen unseren Kindern und Kindeskindern immer höhere Schuldenlasten. Wer soll diese Schuldenlasten, die Verzinsung, die Tilgung, tragen? Die demografische Entwicklung gibt die Antwort:

- Zum Einen eine geringere Zahl in Lohn und Arbeit Stehender
- Zum Anderen die durch ein geringes Renteneinkommen bereits Gebeutelten.

Gerecht und nachhaltig ist eine solche Politik nicht.

Aus diesen Gründen kann die Kreistagsgruppe FUW/Piraten diesem Doppelhaushalt nicht zustimmen.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Ratsmitglieder,

zunächst meinen Dank an die Kämmerei zur Aufstellung des Haushaltes. Es ist mir bewusst, dass der Spielraum und die Möglichkeiten bei der Anfertigung des Zahlenwerkes nicht einfach sind, weil es gilt einen Finanzplan für Aufgaben einzustellen, deren Erfüllung nicht ausschließlich im Belieben des Kreises stehen.

Dennoch werde ich den Haushalt für die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ablehnen, muss ihn ablehnen, da dieser Haushalt nicht dem Wohlergehen unserer Landsleute entspricht. Denn dieser Haushalt wird wieder ein Stückchen mehr über die Jahre gesehen den Kreis und unsere Städte und Gemeinde belasten.

Es sind die Parteifreunde der Mehrheit dieses Kreistages, die in Bund und Land Entscheidungen fällen, die Kreise und Kommune in finanzielle Nöte bringen. So tragen sie auch die Verantwortung, dass wieder Ausgaben für Soziales den Haushalt belasten werden, weil der grundgesetzwidrige Zustrom hunderttausender Armutsflüchtlinge durch ihre Politik der falsch verstandenen Toleranz diesen erst möglich machte. Das mag menschlich verständlich sein, ist aber für unser Land eine massive Belastung im Hinblick auf soziale, sicherheitspolitische und wie im Haushalt finanzieller Ebene. Denn alle diese Menschen benötigen nun Wohnung, Nahrung, Kleidung, ärztliche Versorgung, Integrations- und Sprachkurse, Sonderförderung für Kinder und Jugendliche, Taschengeld und vieles mehr. Die Handlungsfelder Bildung, Ausbildung, Integration in den Alltag oder interkulturelle Öffnung nennen unzählige Maßnahmen, die sich nur mit finanziellen Mittel bewerkstelligen lassen, die im Haushalt unterzubringen sind.

Für die Abteilung Kommunales Integrationszentrum mit der Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund kann man die wirtschaftliche Belastung im 6stelligen Bereich veranlagen, wozu auch die durchaus fragwürdige Stelle des Neubürgerbeauftragten zählt.

Der Haushalt ist zudem mit dem Risiko belastet, ob der aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen zusätzliche Kostenbedarf vom Bund erstattet werden wird.

Damit ist allerdings das Programm der finanziellen Aufwendungen nicht beendet, die unmittelbar oder mittelbar durch die Politik der offenen Grenzen erforderlich werden. Wenn wir für das Jahr 2017 eine Kostensteigerung für Personal im Haushalt von mehr als 11 % ansetzen, steht dies auch mit zusätzlichen Arbeitsaufwand in diesem Problembereich im Zusammenhang.

Dies ist das Resultat einer Politik, die nicht am Wohle der einheimischen Bevölkerung orientiert handelt. Die alarmierenden Zeichen der Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre sind noch in Erinnerung, allerdings ohne großen Auswirkungen auf den nunmehr vorgelegten Haushalt geblieben.

Insofern begrüße ich den Antrag der Alternative für Deutschland, die eine Änderung im Stellenplan unter Berücksichtigung zweier Planstellen für Rückführungsbeauftragte vorsieht.

Auch im Rhein-Sieg-Kreis halten sich nämlich Menschen auf, die für sich unter keinem Gesichtspunkt einen Anspruch auf Asyl herleiten können bzw. bei denen feststeht, dass sie ausreisepflichtig sind, weil eben keine Verfolgung wegen ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe droht oder sie sich wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen.

Nicht bei allen weiteren Haushaltspositionen ist zudem die wahre Ursache des gesamten Finanzbedarfs zu überblicken, so darf bei dem unverdächtig klingenden Titel „Steuerungsunterstützung“ realistischer Weise unterstellt werden, dass die notwendigen oder auch nicht notwendigen Analysen im Zusammenhang mit der Planung von sozialen Angebote im Migrationsbereich stehen.

Meine Partei vertritt die Auffassung, dass Politik und Finanzen zunächst der eigenen Bevölkerung nutzen müssen. Auch dem Kreis, den Städten und Gemeinden ist nach unserem Dafürhalten die Verpflichtung auferlegt, zunächst dafür Sorge zu tragen, dass in seinem Entscheidungsbereich zum Beispiel Obdachlose oder einheimische Kinder, die in Armut aufwachsen, verhindert werden. Wenn der schulische Förderbedarf einheimischer Kinder nicht erfüllt werden kann, weil Geld für die Betreuung angeblich minderjähriger begleiteter oder unbegleiteter Flüchtlinge benötigt wird, läuft etwas fehl.

Gleiches gilt für einheimische Wohnungssuchende im unteren Einkommensbereich oder gar Bezieher von Leistungen der ARGE, denen es vielfach nicht möglich ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden, weil nach Durchführung der sogenannten „Asylverfahren“ den aus den Turnhallen Ausziehenden Wohnraum gewährt werden muss. Auch diese Folge der Asylpolitik hinterlässt seine Spuren im Kreishaushalt.

Da dieser Haushalt mithin vielfach Positionen beinhaltet, die ihre Grundlage in einer nicht am Wohle der Einheimischen orientieren Ausländerpolitik haben, ist er abzulehnen.

Rhein-Sieg-Kreis
Der Landrat
Amt 50

21.12.2016

**An die
SPD-Kreistagsfraktion**

nachrichtlich

CDU-Kreistagsfraktion
GRÜNE-Kreistagsfraktion
FDP-Kreistagsfraktion
DIE LINKE-Kreistagsfraktion
AfD-Kreistagsfraktion
Gruppe im Kreistag FUW/Piraten
sowie die Einzelabgeordneten im Kreistag

Schulsozialarbeit im Rhein-Sieg-Kreis

Sehr geehrter Damen und Herren,

zu Ihrer Anfrage vom 14.12.2016 nehme ich wie folgt:

Vorbemerkungen:

Im Zuge der Einführung und Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) wurde vom Bund für die Jahre 2011 bis 2013 bundesweit ein Betrag von 400 Mio € pro Jahr zur Verfügung gestellt, um im Bereich der Schule die soziale Teilhabe und Inanspruchnahme der Leistungen durch Schulsozialarbeit zu fördern. Die Finanzierungszusage war von vornherein bis 31.12.2013 befristet.

Von der Möglichkeit, zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit im Rahmen des BuT zu schaffen, haben insgesamt 13 kreisangehörige Städte und Gemeinden Gebrauch gemacht; die zu 100 % aus den Bundesmitteln finanzierten Stellen wurden im Laufe des Jahres 2012 besetzt. Weil die zugeteilten Bundesmittel zum 31.12.2013 noch nicht verausgabt waren konnte die Finanzierungssage für alle eingerichteten Stellen bis 31.12.2014 ausgeweitet werden; für einen Teil der Stellen war eine nochmalige Verlängerung bis 30.06.2015 möglich.

Der Rhein-Sieg-Kreis selber richtete zur Umsetzung des BuT eine Koordinierungsstelle (2 Vollzeitäquivalente) ein, die im Zeitraum vom 01.01.2012 bis 31.07.2015 tätig war.

Das Land NRW hat Ende November 2014 entschieden, die Schulsozialarbeit BuT in den Jahren 2015 – 2017 weiter zu finanzieren. Der zu diesem Zweck insgesamt zur Verfügung gestellte Betrag wurde auf die Kreise und kreisfreien Städte nach ihrem jeweiligen prozentualen Anteil am tatsächlichen Mitteleinsatz für Schulsozialarbeit im Jahr 2013 aufgeteilt.

Auf den Rhein-Sieg-Kreis entfällt zur anteiligen Finanzierung von 60 % der Personal- und Sachkosten je Vollzeitstelle (pauschaliert 64.815 € p.a.) ein maximaler Förderbetrag von jährlich 1,173 Mio.€. Der je Vollzeitstelle zu erbringende

Eigenanteil (40 %) beläuft sich auf 25.926 € p.a.; bei voller Inanspruchnahme der Förderung ergibt sich ein aufzubringender Eigenanteil von gerundet 782.000 € p.a.. Über dem Pauschalbetrag liegende Personal und Sachkostenkosten sind zu 100 % von der Kommune zu tragen.

Zu den gestellten Fragen im Einzelnen:

1. Wie viele Sozialarbeiterstellen an Schulen, die vormals aus dem BuT finanziert wurden, konnten mit Hilfe des Landesförderprogramms „Bildungs- und Teilhabebereiter“ an Schulen im Rhein-Sieg-Kreis erhalten werden? Gemeint sind auch Schulen, die sich in Trägerschaft der einzelnen Kommunen befinden.
2. Wie verteilen sich diese Stellen auf die einzelnen Kommunen und die einzelnen Schulen?

Zum Stand 31.03.2015 waren in 11 kreisangehörigen Kommunen insgesamt 31 Schulsozialarbeiter (24,17 Vollzeitäquivalente) an 46 Schulen beschäftigt.

Über die Möglichkeit, zur Finanzierung von Schulsozialarbeit zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in den Jahren 2015 – 2017 eine Landesförderung zu beantragen, wurden alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister informiert. Zehn kreisangehörige Kommunen haben einen entsprechenden Antrag auf Landesförderung gestellt.

Insgesamt sind über die anteilige Landesförderung 35 Schulsozialarbeiter BuT (25,51 Vollzeitäquivalente) an 50 Schulen im Rhein-Sieg-Kreis eingesetzt. Die Verteilung der beantragten und bewilligten Stellen auf die Kommunen, die Zahl der eingesetzten Schulsozialarbeiter und die Verteilung auf die Schulformen ergibt sich aus der beigefügten Übersicht.

3. Werden die dem Kreis im Rahmen des o.g. Programms zur Verfügung stehenden Mittel vollumfänglich ausgeschöpft oder könnten in den Kommunen damit weitere Stellen gefördert werden?

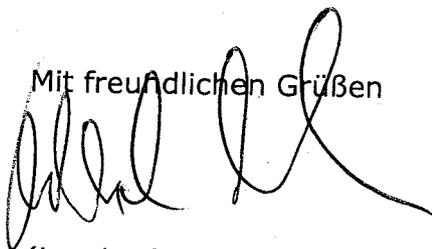
Der für den Rhein-Sieg-Kreis ausgewiesene maximale Förderbetrag wird nicht ausgeschöpft, weil die von den Städten und Gemeinden gestellten Anträge das potentiell mögliche Fördervolumen nicht erreicht haben. Für die Zurückhaltung der Kommunen war mutmaßlich auch der aufzubringende Eigenanteil ursächlich.

Weitere Stellen in den Kommunen können dennoch nicht mehr gefördert werden, weil für die Antragstellung bezogen auf den gesamten Förderzeitraum eine Abschlussfrist zum 30.09.2015 galt.

4. Gab es Kommunen die Landesgelder beantragten, aber nicht berücksichtigt werden konnten?

Nein. Allen gestellten Anträgen wurde in vollem Umfang entsprochen.

Mit freundlichen Grüßen



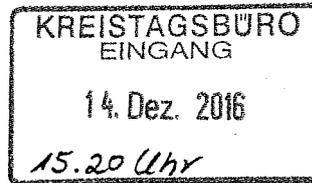
(Landrat)

Landesförderung für die Soziale Arbeit an Schulen (im Rahmen des BuT)
ursprüngliche Beantragung

Kommune	Personen	Stellenanteile	Grundschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule/ Sekundarschule	Förderschule
Bornheim	2	2	2					
Eitorf	7	4,52	4	1				1
Hennef	5	3,1	2	1		1	1	
Königswinter	3	1,5		1			2	1
Lohmar	4	3	3	1	1		1	1
Meckenheim	4	3,4	4	1	1	1	1	
Neunkirchen-Seelsche	4	3	3		1	1		
Sankt Augustin	2	2	1					
Swisttal	1	1	3					1
Windeck	3	1,99	5	1			1	
							1	
Gesamt (10)	35	25,51	27	6	3	3	7	4

Landrat des Rhein-Sieg-Kreises
Herrn Sebastian Schuster
im Hause

nachrichtlich
Fraktionen



14.12.2016

Anfrage zur Kreistagssitzung am 19.12.2016
hier: Schulsozialarbeit im Rhein-Sieg-Kreis

Sehr geehrter Herr Landrat,

die SPD-Kreistagsfraktion bittet um die Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. Wie viele Sozialarbeiterstellen an Schulen, die vormals aus dem BuT finanziert wurden, konnten mit Hilfe des Landesförderprogramms „Bildungs- und Teilhabeberater“ an Schulen **im** Rhein-Sieg-Kreis erhalten werden? Gemeint sind auch Schulen, die sich in Trägerschaft der einzelnen Kommunen befinden.
2. Wie verteilen sich diese Stellen auf die einzelnen Kommunen und die einzelnen Schulen ?
3. Werden die dem Kreis im Rahmen des o.g. Programms zur Verfügung stehenden Mittel vollumfänglich ausgeschöpft oder könnten in den Kommunen damit weitere Stellen gefördert werden?
4. Gab es Kommunen die Landesgelder beantragten, aber nicht berücksichtigt werden konnten?

Mit freundlichen Grüßen
gez. Dietmar Tandler, Folke große Deters und Fraktion

i.A.

